

Aus diesem Grunde tragen sie u. A. auch die Verantwortung für die durch direkte Kaiserliche Kundgebungen inaugurierte neue Richtung im preussischen Unterrichtswesen. Diese neue Richtung hat vielfach Bedenken schwerster Art wachgerufen und Beunruhigung in weite Kreise der Bevölkerung getragen. Ein abschließendes Urtheil läßt sich über diese Frage noch nicht fällen. Jedenfalls wird die bevorstehende Reform des höheren Unterrichtswesens dauernd mit dem Namen desjenigen Kultusministers verknüpft sein, während dessen Amtsführung sie zur Ausführung gelangte. Dasselbe gilt von der Verantwortlichkeit des Gesamtministeriums und der einzelnen Ressortminister für alle anderen, durch direkte Kaiserliche Willensäußerungen auf verschiedenen Gebieten eingeleiteten Reformen. Wir sind die Letzten, welche es schweigend ertragen können, wenn dem Monarchen das Recht des persönlichen Eingreifens in alle Gebiete des öffentlichen Lebens von irgend einer Seite streitig gemacht würde. Jeder solche Versuch müßte als ein Angriff auf das monarchische Prinzip mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Aber als nicht minder gefährlich für die Unantastbarkeit dieses Prinzips muß das neuerdings immer wieder hervortretende Streben bezeichnet werden, die Vertheilung der Krone von der Verantwortlichkeit für das Vorgehen der Staatsgewalt auf Kosten des Herrschers zu entheben.

Ueber einen neuen, angeblichen „Grenzzwischenfall“ berichten die Pariser Blätter „Eclair“ und „Parti national“, daß zwei Franzosen durch deutsche Grenzschützen in der Umgegend von Schirmer wegen Wilddieberei verhaftet worden seien, obwohl sie gar keine Waffen getragen hätten. Nach einer Straßburger Meldung des „Hannov. Cour.“ ist der wirkliche Sachverhalt folgender: Am Dienstag den 20. Oktober, Nachmittags, stießen auf ihrem Dienstaufgang befindlich, zwei Forstausseher von der Oberförsterei Schirmer, im Distrikt Nr. 66 „Gaut Rhein“ im Staatswalde nächst der deutsch-französischen Grenze, also auf deutschem Boden, auf zwei mit Schlingenstellen beschäftigte Wilderer, wovon sie jedoch nur des einen, des Sägelmachers Eugen Walter, 32 Jahre alt, aus Luvigny, habhaft werden konnten, während der andere, Maurer Karl Michel, ebenfalls aus Luvigny, flüchtete. Walter, der 22 Stück Schlingen für Hirsche bei sich hatte, wurde von den beiden Forstschutzebeamten arretrirt, dem Amtsrichter vorgeführt und demnächst in das Wolsheimer Amtsgefängnis eingeliefert, wo er sich noch in Untersuchungshaft befindet.

Durch den schon gemeldeten Bankrott des Berliner Bankhauses Hirschfeld & Wolff werden so viele Privatpersonen hart betroffen, daß in weiten Kreisen des Publikums sich große Erregung bemächtigt hat. Außerdem ist der Sturz dieser alten und bisher hochangesehenen Firma auch in anderer Hinsicht für die allgemeine Beachtung verdient. Die Firma Hirschfeld & Wolff besteht auf dem Berliner Platz seit dem Jahre 1827, also seit 64 Jahren, und besitzt eine gleichnamige Schwesterfirma in Posen seit 1861. In den vierziger und fünfziger Jahren war das Bankhaus Hirschfeld & Wolff eines der reichsten und ersten von Berlin. Die damaligen beiden Inhaber, Kommerzienrath Hirschfeld und Geh. Kommerzienrath Wolff, hinterließen ein sehr bedeutendes Privatvermögen, welches jedoch schon in dem zweiten Jahrzehnt den Weg aller Irdischen gegangen war. Der Sohn des Ertrigenannten, der fast in allen Großstädten Europas damals bekannte Lebemann James Hirschfeld, starb vor etwa zwölf Jahren ohne jedes Vermögen, nachdem er weit mehr als eine Million Thaler verprakt hatte. Der Sohn des zweiten Inhabers, Herr Kommerzienrath Anton Wolff, blieb alleiniger Inhaber der Firma bis heute. Die Firma H. & W. soll schon 1873 bei dem damaligen „großen Krach“ ihr ganzes Vermögen verloren haben. Das hohe Ansehen der Firma und das unbegrenzte Vertrauen zu ihrer Kreditwürdigkeit blieben damals aber unerschüttert. Diesem Ansehen hatte es der Kommerzienrath Anton Wolff auch zu verdanken, daß er noch vor einigen Jahren in das Kommissariat der Berliner Fondsbörse gewählt wurde. Außerdem bekleidete er auch andere Ehrenstellen. Jetzt wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er einen zu großen persönlichen Aufwand gemacht habe und einen solchen auch seinen Familiengliedern gestattete. Bei den großen Gewinnen, die seine Firma hatte, wäre es ihm möglich gewesen, auch ohne eigenes Vermögen die Geschäfte fortzuführen und allmählich das Verlorene zu ersetzen. So aber bestritt — wir berichten hier nach dem „N. Journ.“ — der Firmeninhaber seinen Aufwand von den ihm anvertrauten Geldern. Die Zahl der Privatkapitalisten, die theilhaftig sind, ist eine sehr große, und es handelt sich hier um sehr bedeutende Summen. Die Passiven werden auf acht Millionen Mark geschätzt, denen höchstens 3 1/2 Millionen Aktiva gegenüber stehen sollen. Von diesen ungeheuren Verlusten soll, wie auch die Börsenblätter melden, am meisten das Privatpublikum betroffen sein. Auch der „B. B.-C.“ glaubt, daß schon in den siebenziger Jahren Verlegungen, in denen sich das Haus befand, durch Verwendung fremder Gelder, die in Folge des guten Rufes und der weitreichenden Verbindungen der Firma sehr zahlreich eingingen, gedeckt wurden, und daß seitdem in all den Jahren die Grenzen zwischen dem eigenen Vermögen und dem, zu dessen Verwaltung die Firma gemacht worden war, nicht mehr innegehalten worden sind. — Somit läßt sich wohl nicht daran zweifeln, daß Herr Kommerzienrath Wolff in schönster Weise das Vertrauen des Publikums gemißbraucht und fremde, ihm anvertraute Gelder in gewissenloser Weise benutzt hat, um von ihnen seine eigene und seiner Angehörigen verschwenderische Lebensweise zu bestreiten. Es ist zu erwarten, daß, wenn sich obige Nachrichten bei der Untersuchung als begründet herausstellen sollten, den Schuldigen rüchrichtig die volle Schwere des Gesetzes treffen wird.

Wie ein Telegramm aus Mailand meldet, soll in dem deutsch-italienischen Handelsvertrag der deutsche Weinzoll von 24 Mark auf 15 M. herabgesetzt sein.

In Ungarn soll eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers Franz Joseph entdeckt worden sein. „Magyar Hirlap“ bringt aus Drohobiza, wo heuer blutige Unruhen der Feldarbeiter stattfanden, die sensationelle Nachricht von einer angeblichen Verschwörung von Mitgliedern des dortigen Arbeiterklubs gegen das Leben des Kaisers Franz Joseph. Ein Arbeiter, Namens Maxi, ist nach Pest gereist, wo er mit Sozialisten konferirte. Der Obergespan Reizig, der die Untersuchung leitet, ließ drei Verhaftungen vornehmen und erstattete einen ausführlichen Bericht an das Ministerium des Innern. Der Hauptverschwörer, Arbeiter Maxi, ist durch Polizisten nach Pest gebracht worden. Voraussichtlich wird die Angelegenheit noch eine harmlose Lösung erhalten.

In der Sitzung der in der italienischen Hauptstadt tagenden interparlamentarischen Friedenskonferenz wurde am Mittwoch auf den von Hirsch im Namen der deutschen Delegirten gestellten Antrag beschlossen, daß die französische Sprache die offizielle Verhandlungssprache sein solle. Der Präsident Biancheri eröffnete hierauf die Verhandlung über den Antrag, betreffend die Bildung eines internationalen parlamentarischen Komitees. Hierzu liegen drei Vorschläge von Mazzoleni, von Bayer und von Paffy und Wandolff vor. Jeder der Antragsteller begründete unter dem

Beifall der Versammlung seinen Antrag. Imbriani betonte, um etwas wirklich Ausführbares zu schaffen, müsse man das Nationalitätsprinzip proklamiren, ferner müsse das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, der Nation und ihren Vertretern zurückgegeben werden.

Aus England: Das Kapitel „Die Irländer unter sich“ hat durch eine gegen den Abgeordneten Timothy Healy verübte Verwältigung eine neue Bereicherung erfahren. Ueber den Vorfall werden in Ergänzung der gestern gebrachten kurzen Meldung folgende Einzelheiten berichtet: In Dublin macht der am 3. dort gegen den Abgeordneten Healy verübte thätliche Angriff viel von sich reden. Healy saß in der Bibliothek des Justizgebäudes von Dublin, mit juristischen Arbeiten beschäftigt, als er ins Kaffeezimmer geufen wurde. Dort erwartete ihn ein junger Advokat Namens Tudor Mac Dermott, ein Neffe Barnells, der ihn beim Eintreten sofort am Kragen packte und mit einer Keilpeitsche 30—40 Hiebe verabreichte. Healy war nicht im Stande, Gegenwehr zu leisten. Ein Schutzmann wurde herbeigerufen, der Mac Dermott verhaften wollte; aber Healy sagte: „Laßt ihn laufen, er ist betrunken.“ Mac Dermott stellte dies entkräftet in Abrede, gab dem Schutzmann seine Karte und entfernte sich. Wie verlautet, unternahm Mac Dermott den Angriff, weil Healy in seiner letzten am Sonntag in Longford gehaltenen Rede Barnells Wittwe ein laisterhaftes Weib genannt hatte.

Dem „Daily Chronicle“ wird aus Tiflis gemeldet: Der Prokurator der russischen heiligen Synode, Herr Bobedonoszschew wünscht anscheinend seine lange Laufbahn als Verfolger seiner andersgläubigen Mitbürger mit unerhört grausamen Maßregeln gegen die Protestanten zu beenden. Seine letzte Gewaltthat war die Verhaftung der vier bisher auf freiem Fuß befindlich gewesenen Hauptführer der protestantischen oder stundistischen Bewegung: des Leiters der armenischen Protestanten, Bagdasarian, des Leiters der russischen Baptisten, Kalbert, des Oberpresbyters der russischen Molokanen, Kozajew, und des Leiters der Methodisten, Levaskow. Alle Vier wurden ohne jede vorherige Mittheilung aus dem Kreise ihrer Familie gerissen und unter polizeilicher Bedeckung nach einem Bergdistrikt in der Nähe der persischen Grenze gebracht, wo sie fünf Jahre inmitten jantistischer Mueimänner zubringen haben. Außerdem sind kürzlich 110 Mitglieder protestantischer Sekten ohne Unterschied des Geschlechtes nach Genua, einem kleinen Dorf in der Provinz Elisabetopol verbannt worden, wo sie sich im größten Elend befinden. Besonders empörend ist die berechnete Grausamkeit, mit welcher die russischen Behörden die Heitigkeit des Familienlebens verletzen und Eltern und Kinder von einander trennen. Unter den 110 Verbannten in Genua befindet sich eine ganze Zahl, deren Kinder thätlich entführt und zu griechisch-orthodoxen Pflegeteilen gebracht worden sind. Es ist außerordentlich schwierig, diesen unglücklichen Personen Hilfe zu bringen, ihre Briefe gehen durch die Hände der Polizei und wer sich etwa einfallen ließe, ihnen Hilfsmittel zu senden, würde muthmaßlich binnen Kurzem ihr Schicksal zu teilen haben.

Von dem Mißbrauch, der in Rußland mit den Spenden für die Nothleidenden von Seite der Provinzen vielfach getrieben wird, erzählt der Petersburger Korrespondent der „Times“ ein kraßes Beispiel aus der Provinz Tambow. Ein Adelsmarschall meldete kürzlich, daß vier Schiffe mit Getreide im Werthe von 100 000 Rubeln für die hungernden Landleute zu Grunde gegangen seien. Eine Untersuchung des Falles fand nicht statt und das Ganze wäre bald in Vergessenheit gerathen, hätte nicht zufällig der Senator Schamphine, ein energischer und unbestechlicher Mann, von der Sache erfahren. Er ging derselben auf den Grund und brachte heraus, daß die ganze Geschichte vom Untergang der Schiffe erfunden war. Er vertuschete den Fall, aber nur unter der Bedingung, daß der Adelsmarschall die 100 000 Rubel und noch 30 000 dazu für die Nothleidenden besaß. Leider kommt es nur sehr selten vor, daß Untersuchungen, wie die gemeldete, aufgedeckt werden.

Wie bereits gestern kurz mitgeteilt, hat das serbische Ministerium seine Entlassung gegeben. Die Ursache war der Rücktritt des Finanzministers Wuitsch. Daß derselbe dem Entschluß, seine Demission zu geben, nunmehr ausgeführt hat, konnte Niemandem überraschen, da seine Absicht, aus dem Kabinett auszutreten, längst bekannt war. Herr Wuitsch hatte auch schon seit seiner Rückkehr nur an Beratungen mit einzelnen Ministern Theil genommen, sich aber von Plenarsitzungen des Kabinetts gemäß seiner Erklärung, nicht mit Herrn Tauschanowitsch zusammenwirken zu wollen, ferngehalten. Dieser Zustand ist schon längst als ein unhaltbarer erkannt worden. Auch weiß man, daß der persönliche Gegensatz zwischen Herrn Wuitsch und Tauschanowitsch nicht die alleinige Ursache der Demission des Herrn Wuitsch ist, sondern daß ihr der grundsätzliche Widerstand zu Grunde liegt, auf welchen Herr Wuitsch mit seinem ganzen Finanzsystem gestützt ist. Es handelte sich ihm um die Befreiung der in den beiden letzten Jahren auf eine solche Höhe angewachsenen Defizite, daß selbst ein Anlehen von zwanzig Millionen kaum ausreichen würde, dieselben zu decken. Herr Wuitsch weiß aber, wie schwierig es unter den heutigen Verhältnissen für Serbien wäre, ein solches Anlehen zu erhalten, zumal seine Versuche, in dieser Beziehung die Unterstützung des Herrn Witschegradsky zu erlangen, seiner Zeit erfolglos geblieben sind. Er wünschte nun, daß der Stupschina ein getreues Bild der finanziellen Verhältnisse gegeben werde, um von derselben die Gutheißung der zur Befreiung des Defizits erforderlichen Maßnahmen zu erlangen, die in Ersparungen und einem stärkeren Anziehen der Steuer- schraube bestehen sollten. Eine von ihm hierüber abgefaßte und der Regierung überreichte Denkschrift stieß aber auf Opposition im Kabinett. Dies veranlaßte ihn, seine Demission zu geben, deren Annahme jedoch bis zur Stunde nicht erfolgt ist. Außer in den finanziellen Angelegenheiten ist die Ursache der Krisis auch — und vielleicht, wenn man dies auch nicht eingestehen will, in noch höherem Maße — in den kirchenpolitischen Verhältnissen zu suchen, zumal die Regentenschaft mit ihrem Laviren zwischen dem Kultusminister Nicolitsch und dem eine immer brüster Haltung annehmenden Metropolit Michael nicht mehr durchkommt und förmlich zwischen zwei Feuer gerathen ist, indem die radikale Partei die ablehnende Haltung, die Herr Nicolitsch gegenüber den Forderungen des Metropolitens beobachtet, billigt, während die Liberalen für den Metropolitens eintreten. Hierzu gesellen sich noch die Spaltungen der radikalen Partei, die sich seit dem Parteitag in Bajcar nicht mehr verkleinern lassen, deren weiteres Umfingreifen man aber gern verhüten möchte. Die Situation ist um so schwieriger, als nicht gut einzusehen ist, wie, wenn das gesammte Kabinett zurücktritt, ein neues gebildet werden solle. Zu Persönlichkeiten, die den andern Parteien angehören, kann wegen der Opposition, auf welche sie bei den Radikalen stoßen würden, nicht gegrieffen werden; die radikale Partei verfügt aber nicht über genügend Kräfte, um die Zusammensetzung eines neuen Kabinetts zu ermöglichen. Wollt in seinem Lande war im Laufe der letzten Jahre der Verbrauch an für die Ministerkassette geeigneten Persönlichkeiten größer, als in Serbien. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist im Wachsen

begrieffen. — Die neueste Drahtmeldung lautet: In Folge eingetretener Schwierigkeiten bei der Neubesetzung der durch den Rücktritt des Kabinetts erledigten Posten verbleiben mit Ausnahme des Finanzministers Wuitsch und des Sanitätsministers Tauschanowitsch alle übrigen Minister auf ihren Plätzen.

Der Anfall der vorgestern stattgehabten Staatswahlen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika — es wurde in 16 Staaten gewählt — ist erst zum Theile bekannt. Die Telegramme von „C. T. C.“ lassen die Sache vollständig im Dunkeln. Dagegen meldet der „Nat.-Ztg.“ ein Telegramm: Im Staate New-York, der stets zu den zweifelhaftesten gehörte, siegen die Demokraten mit 20 000 Stimmen Mehrheit. Im Staate Ohio, der bei der letzten Wahl zum ersten Male einen demokratischen Gouverneur gewählt hatte, erwählten die Republikaner mit einer Mehrheit von 10 000 Stimmen zum Gouverneur Mac Kinley, dessen Namen bekanntlich der Hochschulzolltarif trägt. In diesem Staate hatte die Bundesregierung allen ihren Einfluß eingesetzt. Der bisher stets republikanische New-England-Staat Massachusetts ist zu den Demokraten übergegangen. Der Staat Iowa, der ebenfalls bei den letzten Wahlen zum ersten Male seit 25 Jahren demokratisch gewählt hatte, ist demokratisch geblieben. Ebenso ist der New-York benachbarte Staat New-Jersey demokratisch geblieben. Pennsylvania dagegen hat seine bisherige republikanische Haltung ebenfalls behauptet. Obwohl das Resultat aus anderen Staaten noch fehlt, läßt sich jetzt schon sagen, daß die Hoffnung der Republikaner, die im vergangenen Jahre erlittene Scharte auszuweichen zu können, sich nicht bewahrheitet hat. Der Sieg Mac Kinley's in Ohio kann über die Thatsache nicht hinwegtäuschen, daß die allgemeine Strömung nach der demokratischen Seite hin geht. Sogar der Sieg in Ohio ist mit einer, zu den gewaltigen Anstrengungen während des Wahlkampfes in seinem Verhältnisse stehenden kleinen Mehrheit errungen worden, während nicht nur die für die Republikaner bei einer Präsidentenwahl kaum entscheidenden Staaten New-York und Iowa demokratisch geblieben sind, sondern sich ihnen noch Massachusetts hinzugesellt, die ehemalige feste Burg der Republikaner. Wenn diese Staatswahlen in der That als ein Fingerzeig über den wahrscheinlichen Ausfall der im nächsten Jahre stattfindenden Präsidentenwahl zu betrachten sind, dann haben die Demokraten alle Ursache, sich ermutigt zu fühlen.

Das „Reuter'sche Bureau“ erhielt aus Rio de Janeiro von gestern folgendes Telegramm: Der brasilianische Kongreß ist aufgelöst, das Kriegrecht proklamirt und die Diktatur wieder eingeführt.

**Kolonialpolitiches.**

Ueber Emin Pascha sind die Asten, soweit es sich um eine öffentliche Diskussion seiner muthmaßlichen Pläne handelt, nach Ansicht kompetenter Kreise vorläufig am besten zu schließen. Zur Klarlegung diene folgende Erläuterung der thätlichen Verhältnisse: Als Wismann und Emin zusammen kamen und Emin völlig beifällig war, machte Erterer ihm den Vorschlag, im Interesse Deutschlands thätig zu sein und mit den Häuptlingen innerhalb des Schutzgebietes Verträge abzuschließen. Emin erklärte sich bereit dazu. Wismann telegraphirte nach Berlin, es fanden die Verhandlungen auch unter dem Fürsten Bismarck eingehende Beratungen statt und Kaiser Wilhelm II. stimmte bei, daß Emin zum Reichskommissar ernannt und mit vorgezogener Mission betraut werde. Als die Bestätigung bei Wismann eintraf, war Emin bereits einige Zeit unterwegs. Wismann sandte Emin die Bestätigung als Kaiserlicher Kommissar zwar nach, aber nichts sprich dafür, daß diese dienstliche Mittheilung jemals in die Hände Emin's gelangte. Desgleichen ist auch fraglos die Rückberufungs-Ordre niemals in die Hände Emin's gelangt. Im Schooße der Regierung ist man sonach überzeugt, daß Emin sich allein als Wismann'schen Beamten betrachtet, keineswegs als Reichsbeamten. Da er seinerseits sich nicht für das Reich verpflichtete, hätte die Reichsbehörde nicht einmal Veranlassung, gegen ihn disziplinarisch vorzugehen. Dasselbe ist in Betreff des Dr. Stuhlmann der Fall. Er ist nicht Reichsbeamter. Zudem muß man in Betreff des letztgenannten erwägen, daß ihm gar keine Wahl blieb, er mußte Emin's fraglos abenteuerlichen Zug mitmachen, wollte er nicht als alleinstehender Mann mitten in Afrika dem sicheren Tode entgegen gehen. Die Regierung ist aber, trotzdem sie anerkennen muß, daß Emin nicht Reichsbeamter ist, der Ansicht, daß derselbe die übernommenen Pflichten außer Acht gelassen hat und hat sich darum veranlaßt gesehen, dies durch eine nicht mißzuverstehende Erklärung im „Reichsanzeiger“ kundzutun. Wo Emin thätlich gegenwärtig ist, wohin er seine Schritte richtete, ist dabei unerheblich. Daß er nach dem Hinterland von Kamerun gezogen sei, wie eine Zuschrift der „Nat.-Ztg.“ meinte, wird in Regierungskreisen für undenkbar gehalten. Es war überhaupt überflüssig davon zu reden und noch weitere in Afrika interessirte Mächte zu veranlassen, Stellung zu erlangen. Folger der Emin'schen geheimnißvollen Züge zu nehmen. Dies ist die Ansicht nicht nur privater Kreise. Wünschen wir Emin ein glückliches Gelingen seiner gewiß in deutschem Interesse gelegenen Pläne — aber lernen wir auch von den Engländern und plaudern wir nicht gleich Alles aus.

Die Thatsache, daß die Reichsregierung aus dem Wegzuge Emin Paschas Anlaß nahm, alsbald dem britischen Kabinett amtlich zu erklären, sie müsse die Verantwortung für den Zug in die englische Interessensphäre ablehnen, hat in Deutschland vielfach Verwirrung erregt. Ein ähnliches Verhalten hat die Reichsregierung auch schon in Sachen Peters bewiesen, und gerade in dieser Angelegenheit liegt heute ein im „Deutschen Wochenblatt“ erscheinender Bericht vor, der bittere Empfindungen erweckt: die Quelle desselben ist Kapitän Bateman, der zur Zeit in dem britischen Gebiet nahe dem deutschen Kilimandscharo, in Taweta, den Befehl führt. Ihm theilte Dr. Peters, mit dem ihn jetzt herzliche Freundschaft verbindet, bei einer der letzten Zusammenkünfte mit, daß seiner Zeit, als er auf der deutschen Emin Pascha-Expedition in den Rumonibergen am Tana weilte, die Nachricht durch Batamba zu ihm gedrungen sei, ein Weiber sei in Wagga angelangt, der ebenfalls auf Ullamba Rumoni ziehe. Dieser Weiber war, wie Kapitän Bateman ehrlich genug Peters jetzt, da doch Alles vorüber und vergessen sei, eingestand, Niemand anders, als er selbst, der mit 6 Offizieren, 150 Sudanesen, 80 Somalil und einer Anzahl Küstensoldaten, im Ganzen 1100 Mann, die 2 Maxim-Kanonen, 4 Armstrong-Geschütze und eine Raketen-Batterie bei sich führten, ausgeschickt war, Peters unter allen Umständen abzufangen und zu beseitigen. „Eines Morgens wurde,“ so heißt es in dem Bericht u. A., „die englische Expedition in Rumoni an eine Flußstelle geführt, wo die Deutschen nach Aussage der Eingeborenen lagern sollten. Die Engländer glaubten die schwarz-weiß-rothe Flagge zu erkennen und warfen ohne Weiteres 40 bis 60 Granaten auf den Platz. Die englischen Offiziere waren übrigens über den Befehl, daß so Viele einen Einzelnen jagen sollten, wenig erbaud. Aber sie erfuhren, daß dies auf direkten Befehl des Lord Salisbury geschehe. Die Hege wurde nach Angabe der englischen Offiziere in Szene gesetzt auf direkten in London geäußerten Wunsch des damaligen deut-